

Sommer 2006 – Israels Krieg gegen die Hisbollah

Teil 1: Die strategische Ausgangslage

Der Mittlere Osten und amerikanische Geopolitik

Versuche einer Umgestaltung des Mittleren Ostens gibt es seit Präsident Reagan. Schon im Vorfeld des Wahlkampfes des Jahres 2000 präsentierten beide Parteien Grundsatzpapiere über eine Neuordnung dieses Raumes, einschließlich des Iraks und des Irans. Die Greater Middle East Initiative, die Middle East Partnership, The New Middle East und ähnliche Überlegungen und Studien waren in den letzten fünf Jahren präsentiert worden. Die wesentlichen Schlüssel zu den Veränderungen waren Demokratie, Regime Change, die Sicherheit Israels und die Sicherstellung der Ölversorgung des Westens (damit Abriegelung der ölproduzierenden Staaten vor dem Zugriff Russlands, Chinas und irgendwelcher religiöser Fanatiker). Zu den Reformen im Mittleren Osten zählten Förderung des Individualismus, Freiheit, Marktwirtschaft, Förderung der Frauen und Trennung von Religion und Staat.

Die USA hatten gehofft, dass Europa, Ägypten und die Türkei bei diesen Reformen Hilfestellungen gewähren würden, doch war die EU (außer Großbritannien) nicht handlungsfähig, Staaten wie Marokko, Algerien, Ägypten oder die Türkei hatten abgewunken. blieb als letztes Problem die Bedrohung Europas durch eine „islamische“ Atombombe und durch Mittelstreckenraketen. Diese Aufgabe wurde an die NATO delegiert und die USA sind derzeit dabei, den bereits 1997 eingeleiteten Plan einer Festlegung von Frühwarn- und Abwehr-Raketenstellungen mit mehreren Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) zu erörtern. Dass hierbei Serbien eine größere Rolle spielen könnte, wird durch die neu orientierte amerikanische Politik gegenüber Belgrad unterstrichen.

Ob es den USA gelingen könnte, wie schon unter Clinton, Syrien auf die Seite des Westens zu ziehen, wird sich erst zeigen. Für die USA war die Ermordung von Rafik al Hariri ein schwerer Schlag. Hier ging es nicht nur um die Beseitigung eines Politikers, sondern um eine Weichenstellung strategischen Ausmaßes, nämlich die Verhinderung eines pro-westlich orientierten Libanons und einer Eindämmung der Hisbollah, somit einer Beendigung des iranischen Einflusses auf den

Libanon. In Europa hatten viele Politiker die Tragweite dieses Attentats nie verstanden.

Die langjährige Nichtunterstützung der USA rächte sich nun, aber der Zug war bereits in Richtung Teheran abgefahren, untermauert durch den iranisch-syrischen Verteidigungsvertrag aus 2005 und einer Mitsprache Russlands und Chinas im Mittleren Osten.

Russland und China

Russlands Doppelspiel im Mittleren Osten ist von drei Motiven getragen: Für Russland sind die beiden größten Feinde – auf lange Sicht gesehen – der Islam und China. Da Russland militärisch nicht in der Lage ist, beide Probleme zu lösen, versucht es sich mit China zu arrangieren, das überdies ein Auge auf Sibirien und die zentralasiatischen Staaten geworfen hat; Ersteres ist Ziel einer latenten chinesischen Ein- bzw. Unterwanderung, Zentralasien verspricht Öl, Erdgas und Rohstoffe. Der militante Islam wiederum ist in den russischen Städten ebenso vertreten wie in Paris, London, Rom oder Köln. Da Russland kein Geld hat, um seine Streitkräfte umfassend mit modernen Waffen auszustatten, verkauft Russland seine teilweise hervorragenden Waffen und Geräte an jene Staaten, die diese auch bezahlen können, das sind Indien, der Iran und China, nachdem frühere Kunden wie die Paktstaaten, Kuba, Ägypten, Algerien, der Irak oder Vietnam ausgefallen sind. Hierzu kommt, dass sich auch der bisher größte Kunde, Indien, nunmehr zunehmend dem Westen zuwendet. Venezuela wiederum investiert derzeit seine Nettogewinne aus dem Ölgeschäft in Waffenkäufe in Russland und China. Die so von den wieder verstaatlichten Rüstungskonzernen erzielten Einnahmen sollen die längst fälligen Beschaffungen für die eigenen Streitkräfte ermöglichen.

Das dritte Motiv Moskaus ist der laufende Versuch, die EU von den USA zu trennen (seit dem Abgang Schröders schwierig), dem Westen zu schaden und eine anti-amerikanische Politik wo immer und wann immer auszuspielen, sei es durch Achsenbildungen mit alten Verbündeten wie Kuba oder neuen Trabanten wie Venezuela. Damit entstehen nicht nur neue anti-amerikanische Achsen, sondern auch anti-europäische und anti-israelische Achsen, von Kuba bis Sudan, vom Iran über Syrien, bis zur vom Iran finanzierte Hisbollah, die Moskau nicht als Terrororganisation einstuft, sondern als „politische“ Organisation.

Es ist daher nur logisch, dass der Iran von Russland, China und Nord Korea Raketen kauft und an die Hisbollah weiterschiebt. Man kann auch sagen, jeder Liter Benzin, der in Europa aus iranischen Quellen an den Tankstellen gekauft wird, finanziert antiwestliche Politik.

Damit sieht sich aber auch Europa herausgefordert, das einem Russland gegenübersteht, dessen Motive kurzfristige und langfristige sein mögen; beide sind für (das heute weitgehend abgerüstete) Europa bedenklich, vor allem weil europäische Politiker es nicht wagen gegenzusteuern, was auch eine Folge der Energieabhängigkeit

ist. Da werden potenzielle Gefahren einem „Friedensprojekt“ untergeordnet, während in diversen Zirkeln in Westasien weit reichende Eroberungskonzepte (von der „iberischen Halbinsel bis Indonesien“) im Rahmen eines Jihad zu Papier gebracht werden.

Europa und der Mittlere Osten

In der arabischen Welt wird Europa nach wie vor als ehemaliger Kolonialherr gesehen, man behandelt die wichtigen Fragen in diesem Raum mit den USA, Europa findet daher vielfach „nicht statt“. Europa hat ebenfalls die westliche Politik im Mittleren Osten den USA überlassen. Dies ist nicht nur eine Folge fehlender militärischer Mittel, um irgendein Ziel auch durchzusetzen, sondern belegt auch die Distanz der arabischen Staaten zu Europa, eine Distanz, die etwa auch Israel hält.

Der seit 1994 versuchte, aber nie zu Stande gekommene Mittelmeer-Dialog der EG/EU, der WEU, der NATO etc. scheiterte an der Frage der Palästinenser, an der Nicht-Anerkennung Israels und Fragen der illegalen, aber geförderten Emigration nach Europa, an Forderungen nach ungehindertem Zugang zu den europäischen Märkten etc.

Europäische Soft Power-Apologeten, die in Krisenprävention und Völkerrecht verhaftet sind, konnten weder Israel von der Sinnhaftigkeit europäischer Appeasement-Politik überzeugen, auch nicht die Hamas oder die Hisbollah, die man voreilig als dem Terror abgewandte, politische Gruppierung betrachtete; als sich beide weigerten, Israels Grenzen anzuerkennen und einen Gewaltverzicht auszusprechen, bestrafte man diese mit „Enttäuschung“, Kommunikationsverweigerung und Geldentzug, denn mehr hatte Europa nicht in die Waagschale zu werfen.

Auch sind alle Aussagen europäischer Repräsentanten in Richtung Einstellung der israelischen Angriffe als wohlmeinende, aber nicht ernst zu nehmende Beiträge zum Konflikt zu betrachten, denn ein militärisches Eingreifen Europas ist völlig ausgeschlossen, daher bleibt der Drang zur Profilierung durch starke Wortmeldungen. Auf Grund völlig unterschiedlicher Meinungen

zum Mittleren Osten wird es zu keinem substantziellen EU-Vorgehen kommen. Man betrachte etwa die deutlich pro-israelische Haltung der meisten europäischen Staaten und die proarabische Haltung zahlreicher Linksparteien oder der Regierung Frankreichs. In Europa gibt es Millionen Sympathisanten, die sich gegen die USA und damit auch gegen Israel instrumentalisieren lassen.

In Europa hatte Finnland am 1. Juli die EU-Präsidentschaft übernommen und Helsinki war weder auf eine derartige Entwicklung vorbereitet, noch hat es den erforderlichen Apparat und Beziehungen zu den Staaten im Raum, um sich wirksam engagieren zu können. Eine betont pro-arabische Haltung der Präsidentschaft und eine ausgewogene und eher der Lage angepasste (auch die US-Position unterstützende) Haltung der Verantwortlichen in der EU (vor allem von Solana und Ferrero-Waldner) führte umgehend zu umfangreichen Spannungen zwischen Brüssel und Helsinki, wobei es das erste Mal in der Geschichte der EU war, dass eine Präsidentschaft auf eine politische Herausforderung nicht adäquat reagierte und das Handeln umgehend auf die Zentrale in Brüssel zurückfiel.

Die arabischen Staaten

Die arabischen Staaten des Mittleren Ostens sind Gefangene einer Dichotomie von islamischer Religion, arabischem Einheitsdenken (Um-

ma) und dem Machterhalt der Regierungen und dem Weiterbestehen der Staaten in jenen Grenzen, die die Kolonialmächte im 19. und 20. Jahrhundert (bis nach dem Ersten Weltkrieg) zogen. Es besteht eine grundsätzliche Sympathie mit den Palästinensern, die man aber im eigenen Land nicht integrieren will; ihre große Zahl stellt für einige Staaten ein Sicherheitsrisiko dar, so in Jordanien, aber auch im Libanon. Syrien wiederum ist ein sozialistischer Staat, in dem Frauen völlig gleichberechtigt sind und in dem man den islamistischen Fundamentalismus bisher rigoros bekämpft hat.

Die iranische Großmachtrhetorik, aber auch der saudische Wahabismus und Fundamentalismen finden bei den armen Massen in den Städten Resonanz und gefährden die etablierten Systeme. Besonders Ägypten sieht sich einer zunehmenden Islamisierung ausgesetzt.

Auch Syrien ist die Popularität des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah ein Dorn im Auge und will daher die Tür zum Westen nicht zuschlagen bzw. will es mit Washington ins Gespräch kommen. Paradoxerweise wird Nasrallah, der kein „echter“ Fundamentalist ist, von den Gottesstaat-Apologeten ebenso kritisiert wie von den Anhängern der Al-Qaida und von den radikalen Schiiten, die nicht verstehen konnten, dass sich Nasrallah, quasi im Nachhinein, für die Entführung der zwei israelischen Soldaten und der damit ausgelösten israelischen Angriffe vor der eigenen Anhängerschaft entschuldigte. Andere Schiiten-Führer forderten eine Abwendung von Nasrallah und eine Unterstützung des „offiziellen“ libanesischen Militärs: Der Krieg sei durch Eigenmächtigkeiten der Hisbollah dem libanesischen Volk aufgezwungen worden. Der Endkampf ist nur aufgeschoben ...

Mubarak wiederum wird von Washington als quasi distanzierter, aber berechenbarer Verbündeter geschätzt, der außerdem mit einer radikalen Terrorszene konfrontiert ist, gegen die er hart durchgreift, paradoxerweise dafür von reichlich uneinsichtigen Menschenrechtsvertretungen im Westen kritisiert wird. Jordanien ist vermutlich der einzige wirkliche Verbündete des Westens, was einer auf die 50er Jahre zurückgehenden politischen Ausrichtung des Königshauses entspricht.

Die USA, das iranische Atomprogramm und Fristen

Für die USA ist das iranische Atomprogramm eine reale Gefahr (Behinderung amerikanischer Interessen und

möglicher Interventionen im Mittleren Osten), vor allem aber für Israel. Da der UN-SR dem Iran eine Frist bis zum 31. August bis zur Einstellung des Atomprogramms gestellt hatte, widrigenfalls die USA unilateral Sanktionen verhängen und dem UN-SR auch solche vorschlagen, laufen die UNO und die EU-Troika Gefahr, sich lächerlich zu machen, wenn man ein solches Vorgehen nun im Nachhinein abschwächt; damit würden sich die Farce und die Peinlichkeiten der vorhergegangenen so genannten „Verhandlungen“ perpetuieren. Genau dies ist jedoch auf Grund des Verhaltens von China und Russlands zu erwarten.

Für die USA war das Timing des israelischen Angriffs daher extrem knapp, da Israel die zuvor angegebenen Zeitleisten nicht einhalten konnte. Der ideale Ablauf wäre gewesen, den Angriff im Juni zu beginnen, die Hisbollah und die Raketenbedrohung binnen vier bis sechs Wochen zu beseitigen, dann hinsichtlich der Ultimaten gegenüber dem Iran eine echte Drohkulisse aufzubauen und so den Iran vor die zwei Alternativen

(a) Einstellung des Atomprogramms oder (b) Eskalation (durch die USA, Israel und einige europäische Staaten) zu stellen. Daher ist das Tempo verständlich, mit dem die USA einen Waffenstillstand Mitte August herbeiführten, voll unterstützt durch Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Allerdings ist weder Russland, noch China bereit, gegen den Iran Maßnahmen zu ergreifen oder zuzulassen.

Friedrich Korkisch
Leiter des Institutes für
Außen- und Sicherheitspolitik, Wien

Quelle: DER SOLDAT, Ausgabe Nr. 17/2006, Seite 4